



Offenbacher Friedensinitiative (OFI) Abrüsten, wann wenn nicht jetzt? Kein Frieden mit der Ampel?



Jeden Tag gibt es neue optimistische Nachrichten über die Koalitionsverhandlungen. Im Fokus unter anderem das Zukunftsthema Klimawandel. Das Thema Friedenssicherung ist gänzlich ausgeblendet. Es wird erörtert, wie die erforderlichen Finanzen beschafft werden können, die durch aktive Klimapolitik oder durch die Erhöhung des Mindestlohns benötigt werden. Dabei liegt es auf der Hand: Durch die Nicht-Erhöhung oder sogar Senkung des Militärhaushalts können Milliarden eingespart werden. Das findet jedoch nicht seinen Weg in die Pressemeldungen. Dabei gibt es den Konsens der Mehrheit der Bevölkerung für Abrüstung. Dieses Thema ist nicht nur aus finanzieller Sicht bedeutsam, wahrhaftig nicht. Trotzdem taucht es in den täglichen Wiederholungen der Berichterstattung nicht auf. Darüber schweigt man.

Weitere wichtige Themen, wie der Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag, scheinen auch nicht zu existieren. Das lässt Schlimmes befürchten. Einst hat ein FDP-Außenminister mit Namen Westerwelle dafür gesorgt, dass der Bundestag beschlossen hat, die Atomwaffen aus Deutschland zu entfernen. Von heutigen FDP-Politikern ist diesbezüglich nichts zu hören. Der Beschluss aus dem Jahre 2010 wurde übrigens nicht umgesetzt. So viel zur Gesetzestreue der nachfolgenden Bundesregierungen.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch ein milliardenteures Programm zur Modernisierung der Atomwaffen in Deutschland, in Büchel, das schon im Gange ist. Es sollen neue F18-Bomber angeschafft werden, der Flugplatz in Büchel wird bereits dafür umgebaut. Die „moderneren“ Atombomben sind lenkbar und damit als Erstschlagswaffen geeignet. Über solche Pläne schweigen natürlich ihre Befürworter. Dabei lautet Artikel 26 unseres Grundgesetzes, dass von deutschem Boden kein Angriffskrieg ausgehen darf. Man sollte meinen: schon gar kein Atom-Angriffskrieg. Die große Politik handelt gegen das Grundgesetz und gegen den Willen der Menschen in Deutschland. Da verschweigt man besser seine Absichten.

Bewaffnete Drohnen haben ebenso keine Mehrheit in der Bevölkerung. Vor der Wahl sah es so aus, als wollte die SPD sich dieser Ablehnung anschließen. Mittlerweile gibt es deutliche Hinweise, dass die SPD sich der Logik der Militärs beugt. Nun wären noch die Grünen zu erwähnen, die aus der Friedensbewegung der 80er hervorgegangen sind. Davon ist nichts mehr zu spüren. Die Grünen haben zu keiner der bedeutenden Fragen klare Aussagen gemacht. Dass sie sich nun in den Verhandlungen zugunsten von Frieden und Abrüstung einsetzen ist kaum zu erwarten. Das ist ein trauriges Fazit. Es sagt uns klar, dass wir uns nicht auf die Regierenden verlassen können. Wer Abrüstung will, muss sich dafür engagieren. Zum Beispiel bei uns in der Offenbacher Friedensinitiative. Wer sich informieren möchte, schaue auf die Seiten.

Offenbacher-Friedensinitiative.de
Friedenskooperative.de
Atomwaffenfrei.jetzt



abruesten.jetzt
drohnen-kampagne.de
Offenbacher-Friedensinitiative.de